

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magagnstraße 67/II
Fernsprecher: Röntgenstraße 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilprogras Berlin

Verzinkt seid Ihr nichts — Verzinnt alles!

Anzeigen die sechsgepaltene Kleinzeile 150 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Schöms, Berlin D 27,
Magagnstraße 67/II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Zwei Beispiele von Arbeiterfeindlichkeit der Regierung Cuno. — Nach dem „Dolchstoß“ der deutschen Devisenbesitzer. — Weiratsfestigung vom 25. und 26. März. — Die „Rote Fahne“ und der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Heimarbeiterinnenleben. — Aus der Krankenversicherung. — „Wertbeständige“ Dividenden. — Die Gewerkschaftsbewegung der Welt im Jahre 1921. — Der Mitgliederstand in unseren Gewerkschaften. — Unternehmerorganisationen. — Die französische Soldateska tobt sich aus. — Zur Arbeiterinnenbewegung. — Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Zehn Gebote des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den Textilarbeiter. — Berichte aus Sachreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (VII).

Zwei Beispiele von Arbeiterfeindlichkeit der Regierung Cuno.

Die Regierung Cuno ist eine ausgesprochene Interessenvertretung des Kapitals. Durch eine Reihe von Regierungsmaßnahmen wird dies den breiten Massen in der anschaulichsten Weise vordemonstriert. Das Kabinett Cuno und vor allem der Wirtschaftsminister Dr. Becker-Hessien scheut sich nicht, in der parteiischsten Weise die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger zugunsten des Kapitals zu verletzen. Der Hauptstreik, den das Kabinett Cuno gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger führte, bestand darin, daß es den nachgeordneten Regierungsstellen und Schlichtungsausschüssen die Weisung gab, für den Monat März keine Lohnerhöhungen zu gewähren. Dieser Streik, den das Kabinett Cuno im Einvernehmen mit dem Unternehmertum führte, ist fast völlig gescheitert. Es sind im März keine nennenswerten Lohnerhöhungen erfolgt, und infolge der niedergehenden Wirtschaftskonjunktur war es der Arbeiterschaft nicht möglich, diesen Streik der Regierung durch schärfere wirtschaftliche Maßnahmen zu parieren. Die Folge davon ist, daß die Arbeitslöhne und Gehälter in erheblichem Maße abgebaut worden sind, ehe ein Preisabbau eingetreten ist. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Februar betrug 136 Proz., für die ein Lohn- und Gehaltsausgleich noch nicht erfolgt war.

Im März ist eine weitere, wenn auch nicht in dem scharfen Tempo sich fortsetzende Preissteigerung eingetreten. Daraus ergibt sich, daß man wohl einen Lohnabbau herbeigeführt hat, den Preisabbau damit aber nicht bewirken konnte. Auf die Preisgestaltung will jedenfalls die Regierung Cuno nicht einwirken; hier soll lediglich das freie Spiel der Kräfte wirken, weil nur dadurch dem Kapital die höchste Ausbeute gesichert ist. Wollte die Regierung Cuno ernstlich den Preisabbau fördern, so gäbe es hierfür auch Maßnahmen genug. Allein dies liegt nicht im Interesse des Kapitals, und gegen das Kapital unternimmt das Kabinett Cuno nichts; im Gegenteil, dem Kapital wird jeder Schutz zuteil.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats März 2854 (1913/1914 = 1), gegenüber 2643 im Februar. Die Ziffer zeigt demnach eine Erhöhung um 8 Proz. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 9,1 Proz. auf 2627 gestiegen. Die Ernährungskosten haben sich gegenüber Februar um 4,1 Proz. auf das 3315fache, die Bekleidungskosten um 3,8 Proz. auf das 4523fache der Vorkriegszeit erhöht.

Das in der zweiten Hälfte des Monats Februar einsetzende Stöden in der Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im März fortgesetzt. Eine Reihe von Lebensmitteln hat sich nicht unwesentlich verbilligt, so vor allem ausländische Fette, Fleisch und Fische; auch Reis, Hülsenfrüchte, Nahrungsmittel und Kartoffeln sind fast überall im Preise zurückgegangen. Andererseits sind Butter, Milch und Eier teurer geworden; besonders

erhöht haben sich die Kosten für Wohnung, Heizung und Beleuchtung.

Die Lage der arbeitenden Klasse hat sich durch diese fortgesetzten Erhöhungen der Preise für alle Artikel des Lebensbedarfs weiter verschlechtert. Die Folge davon ist, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf ein noch niedrigeres Niveau herabgedrückt worden ist. Zudem kommt aber noch, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch fortgesetzte zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der schlimmsten Weise gefährdet wird. Was kümmert dies aber die Regierung Cuno, die lediglich die Interessen des Kapitals zu wahren hat!

Ein anderes Beispiel:
Die Unternehmer haben seit längerer Zeit gegen die Ausfuhrabgabe Sturm gelaufen. Bereits unter der Regierung Wirth kam man den Unternehmerwünschen insofern nach, daß man die Ausfuhrabgaben für fast alle Exportartikel wesentlich ermäßigte. Nachdem nun die Regierung Wirth durch die Regierung Cuno und der frühere Wirtschaftsminister Schmidt durch den Wirtschaftsminister Dr. Becker-Hessien abgelöst ist, versucht man die Ausfuhrabgaben überhaupt zu beseitigen. Der Wirtschaftsminister Becker leistet dem Unternehmertum hierbei jede erdenkliche Hilfe. Aus diesem heraus ist zu verstehen, daß sich die Außenhandelsstellen und die Außenhandelsnebenstellen für die deutsche Textilwirtschaft wiederum mit der Frage: „Beseitigung der sozialen Ausfuhrabgaben“ zu beschäftigen haben. Die Textilunternehmer drängen mit aller Energie dahin, daß sämtliche Exportartikel der Textilindustrie auf die sogenannte Freiliste gesetzt werden. Man begründet dieses Vorgehen damit, daß die Lage der Industrie durch die zunehmende Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage dieses bedinge.

Wie steht es denn nun in Wirklichkeit damit?

Es ist richtig, daß die Textilindustrie gegenwärtig von einer schweren Wirtschaftskrise heimgeht. Die Ursache dieser Wirtschaftskrise findet aber nicht in der sozialen Ausfuhrabgabe ihre Begründung, und zwar weil die Gesamtproduktion fast vollständig exportiert wird. Die Krise findet ihre Ursache vielmehr in der minderen Ausnahmefähigkeit des Inlandsmarktes. Bei den verschiedensten Verhandlungen in den letzten Wochen mußten namhafte Industrielle zugeben, daß sie lediglich nur noch für den Export arbeiten, daß aber der Inlandsmarkt vollkommen verstopft sei. Diese Tatsache beweist, daß man nicht durch den Abbau der sozialen Ausfuhrabgabe die deutsche Wirtschaft hebt. Der deutschen Wirtschaft kann nur damit geholfen werden, daß die Arbeitslöhne mit der tatsächlichen Teuerung in Einklang gebracht werden. Der deutsche Markt ist nicht etwa deshalb nicht ausnahmefähig, weil die deutschen Verbraucher mit Waren eingedeckert wären, im Gegenteil, es gab wohl noch keine Zeit, wo der Mangel an Textil-Fertigfabrikaten in den Haushaltungen der breiten Masse so drückend empfunden wurde wie gegenwärtig. Die Arbeiterschaft kann nicht kaufen, weil die Löhne und die Gehälter, die sie empfängt, kaum zur Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel ausreichen. Über diese Tatsache sieht man hinweg und versucht, mit untauglichen Mitteln angeblich der deutschen Wirtschaft zu helfen. In Unternehmertreuen weiß man ja selbst, daß durch die Beseitigung der Ausfuhrabgabe der deutschen Wirtschaft in keiner Weise gedient ist. Wenn man die Beseitigung der Ausfuhrabgaben verlangt, so nur deshalb, damit alle Schranken beseitigt werden, die heute den deutschen Unternehmern und Exporteuren noch gezogen sind.

Sie wollen aus Prinzip freie Ausfuhr.
Sie wollen aus Prinzip den Abbau jeder Außenhandelskontrolle.

Ob dies zum Schaden des Reiches und der Wirtschaft sich auswirkt, ist ihnen ganz gleichgültig. Sie wollen in der Jagd nach dem Profit nicht gestört sein.

Wir möchten hierbei ein Beispiel anführen. Die deutschen Kunstseidenhersteller verlangen ebenfalls ihrerseits, daß die Kunstseide auf die sogenannte Freiliste gesetzt wird. Dabei

war bis jetzt die Ausfuhr von Kunstseide beschränkt. Nur ein kleines Kontingent der erzeugten Kunstseide konnte exportiert werden; der größere Teil mußte für den Inlandsmarkt reserviert bleiben. Diese Vereinbarung über die Beschränkung der Ausfuhr von Kunstseide war zwischen Erzeugern und Verbrauchern getroffen worden aus der Erkenntnis heraus, daß Deutschland nur dann fremde Erzeugnisse importieren soll, wenn es dieselben zu seiner Wirtschaft braucht. Es kam ferner hinzu, daß die deutsche Kunstseide beinahe um 100 Proz. billiger war als die ausländische. Dieses Verhältnis besteht heute noch. In dem Augenblick, wo dem Verlangen der Kunstseide erzeugenden Industrie Rechnung getragen und Kunstseide auf die Freiliste gesetzt wird, wird die Kunstseide in großen Mengen nach dem Ausland wandern und der Kunstseidenpreis wird dem der ausländischen Erzeugnisse entsprechen.

An diesem Beispiel zeigt sich, daß die Unternehmer lediglich aus Profitinteresse heraus die Beseitigung der sozialen Ausfuhrabgabe verlangen. So wie es in der Kunstseide liegt, so liegt es auch für einen großen Teil deutscher Textilfertigfabrikate.

Mit der Beseitigung der Ausfuhrabgabe geht die Forderung nach der Beseitigung der Außenhandelskontrolle konform. Wird die Außenhandelskontrolle beseitigt, dann wird wieder eintreten, daß die Unternehmer vielfach nach dem Ausland billiger exportieren, als der Inlandspreis beträgt. Dort, wo die Außenhandelskontrolle ausgeübt wird, weiß man ein Lied von den Mächtigkeiten der Unternehmer und des Handels in dieser Richtung zu singen. Die Unternehmer versuchen fortgesetzt zu Preisen zu exportieren, die u. E. unter dem Gestehungs- und Inlandspreis liegen. Die Folge davon wäre, daß sich das Ausland noch viel schärfer gegen die deutsche Schmuckkonkurrenz abschließt als wie dies schon bisher geschehen ist. Der Abbau der Außenhandelskontrolle bedeutet eine Gefahr für die gesamte deutsche Wirtschaft. Man macht damit ferner den Unternehmern die Türen auf, damit sie in noch stärkerem Maße als bisher Waren und Gewinne ins Ausland verschicken können, damit in um so größerem Maße der zukünftige Wiederaufbau und die Reparationsverpflichtungen auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden können.

Die Regierung Cuno leistet diesen Bestrebungen der Unternehmer und des Handels jede erdenkliche Förderung. Die Beseitigung der Ausfuhrabgabe bedeutet eine weitere Belastung der breiten Volksmassen.

Nach dem „Dolchstoß“ der deutschen Devisenbesitzer.

Wie fadenscheinig die nationalistiche Ideologie unserer bestehenden Kreise, insbesondere der Großindustrie und des Großhandels ist, erwies sich durch den Ausfall der Dollaranleihe. 200 Millionen hatte das Reich erwartet; 50 Millionen stellte der Besitz zur Verfügung. Dabei bleibt immer noch ins Auge zu fassen, daß diese 50 Millionen hauptsächlich durch kleine Zeichner aufgebracht worden sind. Nachdem sich dies dürftige Zeichnungsergebnis bereits hatte überblicken lassen, schwieb die Reichsregierung noch einige Tage hindurch; sie war höchst betreten und vermochte nur schweren Herzens den Mißerfolg einzugehen, der sie betroffen hatte. Das Kabinett mit der diskontfähigen Unterschrift ist in den Augen der deutschen Geschäftsleute nicht diskontfähig und vertrauenswürdig; Stinnes unterstützt Cuno so wenig, wie er ehemals Wirth unterstützt hatte. Zwar bringt die Ruhrarbeiterfrage Opfer über Opfer. Sie legt, wie sich erst während der Osterfeiertage in Offen gezeigt hat, sogar ihr Leben ein, indem sie passiven Widerstand übt; sie tut, was in ihren Kräften steht, um den Uebermut des französischen Imperialismus zu brechen und die Einheit des Reichs zu retten. Was aber leistet der deutsche Besitz? Nichts. Er bereichert sich, das ist alles. Er denkt an kein Opfer. Es ist ihm nicht eingefallen, ernsthaft an Preisabbau zu denken; er will lediglich Lohnruhr und Beseitigung des Arbeitsun-

Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Rieckisch.

VII.

4. Aus der Frühzeit des Kapitalismus. (Schluß.)

Nur allmählich setzte sich der Gebrauch der Maschinen in Schlessien durch. Im Jahre 1830 gab es in Schlessien erst eine einzige mechanische Flachspinnerei. Allerdings konnte die schlesische Hausindustrie mit der fabrikmäßigen Warenerzeugung nur schwer konkurrieren. Seit Jahrzehnten waren die regierenden Kreise in Preußen mit Klagen über die Notlage schlesischer Weber beschäftigt worden; jetzt vermehrten sich die Klagen und wurden dringlicher als je. Ganze Dörfer gingen von der Leinwandfabrikation zur Baumwollweberei über, weil hier besserer Erwerb erhofft wurde. Im Winter 1837 auf 1838 hörte der Absatz von schlesischem Leinen nahezu völlig auf. Es bildeten sich Hilfsvereine aus Gutbesitzern, Beamten, Kaufleuten, um die ärgste Not der Weber zu lindern; freilich waren deren Mittel durchaus unzulänglich. August und September 1843 wurden im Bolkshainer Kreis 15 936 Pfund Brot an 861 Darbende verteilt. Breslauer Zeitungen zogen die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Zustände; sie brachten 1843 und 1844 aufsehenerregende Aufsätze über das Elend der schlesischen Weber. Die Zahl der Unterstützungsvereine vermehrte sich, obgleich sie freilich dem Oberpräsidenten von Schlessien unangelegentlich kamen. In einem Bericht an das Ministerium leugnete er das Vorhandensein eines besonderen Notstandes geradezu ab; der Notstand sollte verschwinden, indem man ihm die Aufnahme in die Akten verweigerte.

Indes brachte die Selbstsucht der Fabrikanten die Bevölkerung zur Verzweiflung. Es bestand noch keine Fabrikgesetzgebung. Die aufstrebenden Kapitalisten legten ihrer Profitgier keine Schranken an. Sie setzten Löhne willkürlich herab, schenkten keinen Vorwand, um Lohnabläufe vornehmen zu können, zwangen Frauen und Kinder zu übermäßigen Leistungen. Zu den Härtesten der Harten gehörte die

Firma Zwanziger u. Söhne in Peterswalbau. Die gedrückte Bevölkerung sammelte ihre Klagen in dem bekannten Weberlied: „Das Blutgericht“. Dieses Lied kam in aller Munde; es wurde in der ganzen Reichsbader Gegend nach der Melodie „Es liegt ein Schloß in Oesterreich“ gesungen. Die „Vossische Zeitung“ schrieb darüber: „Es ist ein offenes Manifest aller der Klagen und Beschwerden, welche bis dahin nur verstoßen und leise von Mund zu Mund wanderten. In seinen größtenteils wohlklingenden und regelmäßig gebauten Versen spricht sich eine drohende Verzweiflung, ein wilder Haß und Grimm gegen das zuerst angegriffene Handelshaus (Zwanziger) aus, welches man offenkundig zu immer höherem Reichtum und Glanze neben der steigendsten Not aufstehen sah. Dieses in jeder Beziehung merkwürdige Dokument enthält neben der Schilderung des Trübials und Jammers auf der einen und Pracht und Heppigkeit auf der andern Seite überraschend verständige Ansichten und Anschauungen... Das Lied eilte wie ein Aufruf von Haus zu Haus; es fiel als Zündstoff in die gährenden Gemüter.“

Am 3. Juni 1844 sangen Arbeiter vor dem Betrieb Zwanzigers das Lied. Dem Zwanziger klangen die Strophen übel in die Ohren; er fand keinen Gefallen daran, daß es hieß:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Dämonen,
Ihr freßt der Armen Haut und Gut,
Und Bluch wird Euch zum Lohne.“

Er veranlaßte, daß einer der Säger festgenommen und der Ortspolizei übergeben wurde. Am andern Tag kam eine große Menge, da die Forderung auf Freilassung des Gefangenen nicht erfüllt worden war, vor Zwanzigers Haus, warf mit Steinen die Fenster ein und drängte in die Gebäude. Zwanziger, der wie alle „Herren“ nur mutig war, solange er Polizei hinter sich wußte, gab Ferselegel und Floh; die Arbeiter schlugen in den Häusern alles kurz und klein.

Die Aufläufe wiederholten sich am 5. Juni und pflanzten sich nach Langenbielau fort. Dort erfuhren die Firmen Dierig, Hillert und Andreßki den Zorn der Arbeiter. Bei der Firma Dierig wurde die Dampfmaschine vor der Zerstörung nur dadurch gerettet, daß der Maschinist plötzlich durch ein Ventil den Dampf zischend ausströmen ließ; die Arbeiter, denen dieses Erlebnis völlig neu und ungewohnt war, wichen erschrocken zurück. Dieses Entsetzen der Menge vor der

Maschine, die anfänglich als Wunder- und Zaubertier mit scheuer Furcht betrachtet worden war, hatte sich früher auch schon in England während der Zeit der Maschinenzertrümmerung gezeigt; dem Dichter Ernst Toller hat es Stoff zu einer seiner wirkungsvollsten Szenen des Dramas „Maschinenstürmer“ gegeben.

Inzwischen rückten zwei Kompanien Infanterie aus Schweidnitz gegen Peterswalbau und Langenbielau vor. Die Soldaten schossen über die Köpfe der Aufständischen hinweg; ihr Angriff wurde von den Weibern mit einem Hagel von Steinen beantwortet. Es gab Tote und Verwundete; doch zogen die Soldaten vorerst ab. Später kehrten sie verstärkt zurück. Sie sollten die Unruhen unterdrücken, die sich unterdessen auch in Alt-Friedersdorf, Leutmannsdorf und Neudorf eingestellt hatten. Nunmehr nahm die Soldateska das Heft in die Hand. Ueberall wurde nach „Räufelrührern“ geforscht. In Peterswalbau wurden 29, in Langenbielau 14 Personen verhaftet; gefesselt brachte man die Gefangenen in offenen Karren nach Schweidnitz. Da der preussische Staat wußte, wozu die Religion gut sei, wurden die Geiseln beauftragt, das Gewissen der Arbeiter mit der Androhung von Höllestrafen zu beunruhigen. Den Verhafteten bereitete indes die Justiz des Königs von Preußen schon im Diesseits die Hölle; 80 Personen wurden zu langen Festungs- und Zuchthausstrafen verurteilt. Ruhe und Ordnung wurden wiederhergestellt; die Ausbeutungsfreiheit der blutgierigen Fabrikanten wurde gesichert, den Weibern aber wurde eingebläut, daß ihr Hunger- und Elend dasin zu den gottgewollten Fügungen gehöre.

Dieser Zustand der unglücklichen Weber hat später noch das Herz des Dichters Gerhart Hauptmann erschüttert, der die Ereignisse in seinem Werk „Die Weber“ dichterisch gestaltet hat.

Einige Zeit vorher, am 26. März 1842, hatten sich ähnliche Zerstörungen schon in Ronneburg (S.-M.) ereignet. Auch hier hatten sich die Handweber durch die Einführung der mechanischen Webstühle in ihrer Existenz bedroht gefühlt. Die Webstühle der Firma Hennig wurden in Stücke geschlagen; der Kampf um die „Schmalte“ (wie die Fabrik des Hennig im Volksmunde hieß) spielte noch lange in den Erinnerungen der dortigen Gegend eine Rolle.

Diese Zerstörungen und Empörungen konnten freilich den Siegeszug des Kapitalismus auch in Deutschland nicht aufhalten.

tags. Die vorläufige Marktstabilisierung ist dem deutschen Beschäftigten unangenehm. Es lassen sich keine Spekulationsgewinne dabei machen, und das Exportgeschäft wird dadurch beeinträchtigt. Es müßte wieder gewissenhafter kalkuliert werden, man müßte wieder zu den Geschäftssitten des „ehrbaren Kaufmanns“ — die man, ach, so gründlich verlernt hat — zurückkehren. Das will weder Großindustrie noch Großhandel. Sie haben fette Zeiten, wenn die Mark ins Bodenlose sinkt. Sie selbst sind mit ausländischen Zahlungsmitteln, die sie auch jetzt nicht herausgeben, reichlich eingedeckt; ihnen kann die Marktentwertung keinen Schaden zufügen. Den Schaden hat nur die Arbeiterschaft, die sich mit immer schlechterem Gelde entlohnt sieht, ohne daß die Höhe der Lohnsumme dem Grade der Marktentwertung angepaßt wird. Der Bruchteil, den unsere deutsche Produktion für Löhne verausgibt, muß — der Lohnfaktor — wird von Woche zu Woche geringer; infolgedessen kann der deutsche Unternehmer die Auslandskonkurrenz auf dem Weltmarkt unterbieten und trotzdem profitieren; er macht Geschäfte allein auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft. Indem unsere Großindustrie die Dollaranleihe fabrizierte, wollte sie sagen, daß sie unter allen Umständen den neuen Markt für sich anstrebt. Das Reich hatte die Anleihe aufgelegt, um fremde Deniken in die Hand zu bekommen, mittels deren die Mark gestützt werden könnte; unser Beschäftigter hat sich dem schrecklichen Bitten des Reiches verschlossen. Schon mußte die Reichsbank in ungewöhnlichem Maße ihre Goldbestände angriffen, um den gegenwärtigen Stand der Mark zu halten; über eine kleine Weile, und sie wird nicht mehr in der Lage sein, ihre Stützungsaktionen erfolgreich durchzuführen. Man braucht kein Prophet zu sein, um heute schon zu wissen, daß in nicht allzuferner Zeit die Mark in neue, vielleicht noch ungeahnte Tiefen stürzen wird. Schuldig sind daran unsere besitzenden Kreise; das muß zur Feststellung der Verantwortlichkeit jetzt schon ausgesprochen werden.

Es fragt sich, ob Cuno diesen Streich, den ihm seine Klassen-genossen zugefügt haben, überwinden wird. Seine Stellung ist durch das Versagen des deutschen Unternehmertums unhaltbar geworden. Wer steht noch hinter ihm? Bisher dachte man, er sei der Mann der Deutschen Volkspartei; nun erhielt er aber von dieser Partei einen öffentlichen Fußtritt. Es ist kaum anzunehmen, daß er sich auf Hitler, der ihm in München zugejubelt und auf die vaterländischen Verbände, die er dort in ungläublicher Weise empfangen hat, zu stützen gedenkt. Er ist ein Steuermann, der schon nach kurzer Zeit Schiffbruch erlitten hat.

Allerdings kann nicht mehr daran gezweifelt werden, daß auf gutlichem Wege die deutschen besitzenden Kreise zur Leistungsbereitschaft überhaupt nicht zu bewegen sind. Die Kanzlerschaft Cuno war dazu ein letzter Versuch, und dieser Versuch ist gescheitert. Der deutsche Beschäftigte muß mit seinen harten Händen angefaßt werden; es wäre ein Verbrechen, ihn zu schonen, ihn, der in diesen Tagen, in denen allein die Arbeiterschaft den passiven Widerstand an der Ruhr aufrechterhält, das Reich in seiner Not so schmählich in die Höhe schießt. Die Sachwertverfallung muß nunmehr erzwingen werden; es ist nötig, um des Schicksals der Republik willen. Am passiven Widerstand der Arbeiter soll der französische Imperialismus scheitern; vor der aktiven Angriffskraft der Arbeiterschaft aber muß der deutsche Kapitalismus in die Knie sinken.

Man darf sich nicht verhehlen, daß ein energischer Vorstoß der deutschen Arbeiterschaft nötiger als je ist. Die Dürrebergerei des Besitzes droht Hand in Hand mit dem Verschwärtern der Geheimorganisationen geradezu den Bestand des Reiches. Das Bürgertum hat andauernd vor den Annahmungen reaktionärer Landesregierungen kapituliert; erst jüngst hat der Reichsjustizminister wieder eingegriffen, als ein Richter des Reichsgerichts die Geheimnisse des Münchener Mordernestes entwirren wollte. Die Folge ist, daß unsere Reichsgewalt von einer nahezu kläglichen Schwäche ist. Sie ist keiner starken Führung mehr fähig; jeder Widerstand, der von Seiten der Länder her ihr entgegentritt, dünkt ihr unüberwindlich. Diese Entwicklung zur Reichssohnmacht setzte bereits während des Krieges ein, als 1916 das Reich seine Steuerhoheit ausdehnen wollte — um zur Kriegsführung Mittel aus den Taschen der Besitzenden herauszuholen zu können —, drohte der kaiserliche Ministerpräsident mit der Revolution. Die Reichsregierung gab sich zufrieden und leistete Verzicht. Seitdem ist es förmlich zur Regel geworden, daß Bayern mit der „Revolution“ droht, so oft das Reich eine energische Maßnahme zu seiner Gesundung plant, und daß das Reich angesichts dieser Drohungen erschrocken seine Absichten aufgibt. Damit befinden wir uns auf dem verhängnisvollen Weg der Auflockerung des Reichsgefüges. Es ist höchste Zeit, daß die Umkehr kommt. Die Arbeiterschaft rettet die Republik und die Reichseinheit, wenn sie es vermag, wiederum eine starke Reichszentralgewalt ins Leben zu rufen.

Ein starkes Gefühl dafür lebt nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei, die gesamte Arbeiterschaft ist davon durchdrungen. So erklären sich die Krisen, von denen die kleine USPD und die größere SPD heimgejagt sind. Der realpolitisch denkende Teil dieser Parteien empfindet, daß eigentlich täglich die Republik vor die Frage: Sein oder Nichtsein gestellt ist und daß die einzige Stütze der Reichseinheit das Proletariat ist. Blinde, hemmungslose Opposition arbeitet da der reichszerstörerischen und republikfeindlichen Reaktion in die Hände. Jede Handlung der Opposition muß unter diesen Umständen bestimmt werden von der Erwägung, daß sie nicht eine weitere Schwächung der Republik bewirken darf. Die politische Einstellung wird damit bis zu einem gewissen Grade positiv; es ist das an der USPD und der SPD zu beobachten. Diese Entwicklung ist notwendig, je schwächer die linken Flügel jener Parteien werden, desto mehr verstärkt sich die Verteidigungskraft der Republik. In diesen linken Flügeln tobt sich lebhaft verzweifelte, triebhafte Unzufriedenheit mit der Gegenwart schlechtin aus; es fehlt in deren Gefolgschaft an einem klaren politischen Ziel und am Instinkt für politische Möglichkeiten. Die deutsche Arbeiterschaft entscheidet heute über die Zukunft der deutschen Republik, die vom französischen Imperialismus und dem deutschen Kapitalismus gleichermaßen in den Abgrund geschleudert zu werden Gefahr läuft. Herr Poincaré, der in Essen Arbeiter niederknallen läßt, und Herr Stinnes, der sich weigert, die Dollaranleihe des Reiches zu zeichnen, stehen in gleicher Front. Die außenpolitische Aufgabe — den passiven Widerstand gegen Frankreich — hat die Arbeiterschaft bisher glänzend gelöst. Es hängt alles davon ab, daß sie auch die innerpolitische Aufgabe löse. Diese innerpolitische Aufgabe aber heißt: weitgehende Enteignung des raffigieren deutschen Besitzes zugunsten der Republik.

Beiratsitzung vom 25. und 26. März.

Die Sitzung fand diesmal in München statt, weil mit ihr eine Befichtigung des dortigen Deutschen Museums, Textilabteilung, verbunden war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehende Generalversammlung betreffend, eventuelle Stellung von Anträgen“, referierte der Vorsitzende Kollege Hübsch. Er führte aus, daß in diesem Jahre wieder ein Verbandstag fällig sei, der im Juni stattfinden soll. Kollege Richter-Leipzig (Beiratsmitglied) gab vor einiger Zeit die Anregung, die Generalversammlung in diesem Jahre nicht abzuhalten, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch kein Beschluß von längerer Geltung gefaßt werden könnte. Der Vorstand hat daraufhin die Ortsverwaltungen um ihre Meinung hierzu befragt. Die Mehrheit der Ortsverwaltungen entschied gegen die Abhaltung der Generalversammlung. Mit den Antworten zusammen sind eine Reihe Sonderwünsche geäußert worden, die teils eine Beschränkung der Vertreterzahl, teils eine Verkürzung der Tagungsdauer anstrebten. Das letztere wird nicht möglich sein, denn die Zeit, die für Erledigung des auf den Verbandstagen zu behandelnden Stoffes zur Verfügung stand, war immer sehr knapp bemessen. Hübsch ist für die Abhaltung der Generalversammlung, da sich in zwei Jahren immer reichlicher Verhand-

lungsstoff ansammelt. Der Anregung, die Delegiertenzahl zu beschränken, könne der Beirat nicht folgen, da er hierzu nicht das Recht hat. Aber auch in anderer Richtung hin möchte er betonen, um ja keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen, daß der Vorstand nicht daran gedacht hat oder daran denkt, die Generalversammlung zu verschieben. Wir sind nur der Anregung des Kollegen Richter gefolgt, um die Meinungen der Ortsverwaltungen zur Frage der Abhaltung der Generalversammlung zu erforschen. Das Abstimmungsergebnis bedeutet zweifellos ein Vertrauensvotum für den Beirat.

In der Diskussion verteidigt Richter nochmals seinen Antrag. Zur Sache selbst sprechen noch die Kollegen Feinhals, Steinbrink, Böhmman, Müller, Schrader, Fritsch, Jädel, Edel und Blum-Berlin. Sie sprechen sich für die Abhaltung der Generalversammlung aus. Sie erklären, daß der Beirat nicht das Recht habe, die bestehenden statutarischen Bestimmungen des Verbandsstatuts zu verletzen, wogegen Zwiemel die Auffassung des Kollegen Richter unterstützt. Der Kollege Blum-Berlin (SPD.) führte in seiner Rede aus, daß er seine Auffassung korrigieren müsse, daß der Vorstand sich hinter den Kollegen Richter-Leipzig gesteckt hätte, um die Generalversammlung zu verhindern. Er habe sich überzeugen müssen, daß das nicht der Fall ist. Im übrigen würde er es für zweckmäßig halten, das Statut zu ändern, damit der Beirat für zukünftige Fälle Bewegungsfreiheit habe. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Hübsch wird, einem Antrag gemäß, namentlich abgestimmt. 28 Stimmen sind für den Antrag Richter und 27 dagegen. Es muß hierbei betont werden, daß die nichtbesetzten Mitglieder des Beirats fast geschlossen für den Antrag Richter eingetreten sind, während die Vorstandsmitglieder in ihrer Gesamtheit und der weit überwiegende Teil der besetzten Beiratsmitglieder gegen den Antrag Richter-Leipzig gestimmt haben. Nach der Abstimmung erklärte der Vorstand, daß er dem Beschluß des Beirats, mit dem eine statutarische Bestimmung außer Kraft gesetzt würde, nicht folgen könne. Gegen diese Vorstandserklärung wendet sich ein großer Teil der Beiratsmitglieder. Schließlich kommt zwischen Vorstand und den übrigen Beiratsmitgliedern eine Einigung zustande, indem ein Vorschlag des Kollegen Feinhals, den Verbandstag zu verschieben, ihn aber noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen, einstimmig Annahme findet.

Hierauf wurde der Bericht der vom Vorstand nach dem Ruhrgebiet gefandten Studienkommission entgegengenommen. Der Bericht ist bereits in der vorigen Nummer des „Textilarbeiters“ enthalten.

In der Aussprache wurde die Politik des Reichskanzlers Cuno wiederholt scharf kritisiert. Dennoch war man allgemein der Meinung, daß es auch um Arbeiterinteressen gehe und wir unsere Unterstützung bei dem Abwehrkampf nicht versagen dürfen. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme:

Entschließung zur Ruhrbesetzung.

„Der Beirat nimmt Kenntnis von dem Bericht seiner nach dem Ruhrgebiet entsandten Studienkommission über die Lage und Vorgänge in dem von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebiet. Er erblickt in dem in Form passiven Widerstandes geübten Abwehrkampf und in der Stützung dieses Kampfes durch die Gewerkschaften eine auch im Interesse der Arbeiterbewegung liegende Notwendigkeit.

Die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes werden aufgefordert, die Maßnahmen der Gewerkschaftspitzen zu unterstützen.

Des weiteren fordert der Verband seine Mitglieder auf, allen Bestrebungen republikfeindlicher Kreise, den Abwehrkampf zu nationalistischen Zwecken zu mißbrauchen, energigsten Widerstand entgegenzusetzen und dementsprechend intensiv aufklären zu wirken. Von der Regierung wird Eingehen auf alle Verhandlungsmöglichkeiten gefordert. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband verlangt, daß endlich mit der Standeseigenen, die Besitzenden schonenden Steuerpolitik in Deutschland aufgeräumt wird und diese entsprechend ihren Gewinnen und ihrem Vermögen zu den Staatslasten im Interesse einer vernünftigen Erfüllungspolitik herangezogen werden.

Hierauf nahm der Beirat Gelegenheit, das Deutsche Museum, Abteilung Textilgebiet, zu besichtigen. Die Beiratsmitglieder wurden von einem der Herren Ingenieure geführt. Die Ausstellung ist sehr reichhaltig, obwohl sie noch nicht vollständig ist. Es werden dort die ersten Anfänge der Weberei, der Spinnerei, ebenso die Entwicklung der gesamten Maschinenindustrie bis auf den heutigen Tag gezeigt. Die ungeheuren Fortschritte der Maschinenindustrie, überhaupt der Textilindustrie, kann man hier, in einem engen Raum zusammengefaßt, in übersichtlicher Weise geordnet sehen. Dieser Anschauungsunterricht ist zweifellos viel höher zu bewerten, als der gesamte theoretisch-geschichtliche Unterricht. Das Deutsche Museum in München ist zurzeit noch im Bau begriffen und es wird wohl noch eine geraume Zeit vergehen, ehe es völlig vollendet ist. Aber die ersten Anfänge zeigen schon, daß dort etwas Großes, Einheitsliches geschaffen wird.

Die Teilnehmer an der Besichtigung haben sich alle recht befriedigend über die fachgemäße Führung, ebenso über die wohlgeordnete Ausstellung ausgesprochen.

Die „Rote Fahne“ und der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Die „Rote Fahne“ vom 30. März 1923 fühlt sich berufen, die statutarischen Rechte der Textilarbeiter gegenüber dem Verbandsbeirat wahrzunehmen. Da aber der „Roten Fahne“ hierzu kein Anlaß gegeben war, und zwar deshalb, weil das Verbandsstatut durch den Vorstand und den Beirat in keiner Weise verletzt worden ist, so geht die „Rote Fahne“ über die Anweisungen Lenins (Verschweigen der Wahrheit) hinaus und läßt direkt ihren Lesern vor, daß der Beirat in seiner Sitzung in München einen Beschluß gefaßt habe, der in der Tat nicht eine Verschiebung, sondern die Aufhebung des Verbandstages für dieses Jahr bedeute. Es versteht sich am Rande, daß die „Rote Fahne“ ferner noch hinzulügt, daß der Vorstand sich dem Antrag des VSPD-Mannes Kurt Richter in Leipzig, die Generalversammlung zu verschieben, prompt angeschlossen habe.

Wir wollen uns in keinen großen Streit mit der „Roten Fahne“ einlassen, sondern nur darauf verweisen, daß sämtliche Vorstandsmitglieder für die Abhaltung der Generalversammlung an dem bereits festgesetzten Termin eingetreten sind. Daß einzige im Beirat sitzende kommunistische Mitglied, Blum, Berlin, erklärte in seiner Beiratsrede in München: „Ich muß meine Auffassung korrigieren, daß der Vorstand sich hinter den Kollegen Richter gesteckt hätte, um die Generalversammlung zu verhindern. Ich habe mich überzeugen müssen, daß dies nicht der Fall ist.“ Blum hat die Ausführung deshalb gemacht, weil er in der Berliner Generalversammlung gegenüber dem Zentralvorstand den Vorwurf erhoben hatte, er habe Richter, Leipzig, zur Stellung seines Antrages aufgefordert. Mit dieser Feststellung fällt auch die von der „Roten Fahne“ aufgestellte Behauptung, daß die Aufhebung der Generalversammlung, mit der übrigen der Textilarbeiterverband nicht allein steht, als ein abgekartetes Spiel mit dem ADGB zu werten sei.

Ferner wollen wir noch feststellen, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht auf unbestimmte Zeit verschoben ist, sondern sie muß bestimmt in diesem Jahre noch stattfinden. Damit fällt alles, was die „Rote Fahne“ ihren Lesern ausgetischt hat, in sich zusammen. Eins möchten wir noch betonen: Wenn der Berichtserfasser der „Roten Fahne“ etwa dem Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes als Mitglied angehört und die „Rote Fahne“ in dieser falschen Weise informiert hat, so wäre der Betreffende vor allen anständigen Kollegen gerichtet. Da wir aber nicht gut annehmen können, daß ein Mitglied des Verbandsbeirats sich einer derartigen unwahren Berichterstattung schuldig macht, so bleibt nur

das eine bestehen, daß die Redaktion der „Roten Fahne“ diese unwahren Behauptungen sich aus den Fingern gelogen hat, um die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes nach der Moskauer Anweisung gegen die Anständerer Verbandsleitung mobil zu machen.

Heimarbeiterinnenelend.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die geradezu traurige Lage der schlesischen Heimarbeiterinnen eines der trübsten Kapitel unseres Wirtschaftslebens ist. Wir erinnern nur an die Taschentuchherstellerinnen, Knüpferrinnen, Garnierinnen im Liegnitzer und Leobschützener Wollwarenfabrikationsbezirk, deren Lage sich nur wenig gegen die Vorkriegszeit gebessert hat. Ganz besonders aber muß der Handstickereien des schlesischen Gebirges, des Riesengebirges, des Glazer Gebirges usw. gedacht werden, deren Lage geradezu unerträglich genannt werden kann. Dabei müssen die Frauen und Mädchen, die solche kunstvollen Arbeiten herstellen, erst eine längere Lehrzeit durchmachen, um sich die Fertigkeiten anzueignen, die dieser Beruf erfordert.

Unser Kollege Bezirksleiter Fritsch, der zugleich Mitglied des Preussischen Landtages ist, hatte Gelegenheit, bei Beratung des Etats für Handel und Gewerbe in einer kurzen Rede dieses Elend von der Parlamentarstrübline ins Land hinauszutragen. Wir drücken deshalb seine Ausführungen hier ab und bitten die Heimarbeiterinnen, nicht nur hiervon Notiz zu nehmen, sondern in allen Fragen sich an den Deutschen Textilarbeiterverband, Liegnitz, Bismarckstr. 4, zu wenden, um so mehr als bisher dieses Elend befeitigt zu werden.

Kollege Fritsch führte aus: Hinter dem Titel 10: „Arbeitsvermittlungsstelle der schlesischen Stickereien in Berlin“ verbirgt sich etwas Dunkles; ich möchte mir deshalb erlauben, die Sache ins Licht zu rücken. Was hat es mit diesen Stickereien für eine Bewandnis? Auf Beantwortung einer Anfrage meiner Parteifreundin Hanna im Ausschuß für Handel und Gewerbe hat ein Vertreter des Staatsministeriums erklärt, die Spitzenschulen in Schlessien seien Privatunternehmungen, die vom Staate mit wenigen hundert Mark unterstützt würden; die schlesischen Spitzenschulen seien Unternehmungen, die vor 1915 gegründet worden seien, als wegen des Rückgangs der Handweberei die schlesischen Frauen und Mädchen einer anderen Erwerbstätigkeit zugeführt werden mußten.

Meine Damen und Herren! Wenn schon die Heimweberei eine Glendindustrie war, so war sie doch glänzender gegen die in Schlessien eingeführte Stickerei. Ich habe auf den Tisch des Hauses eine Probe von Stickereien gelegt und bitte vor allen Dingen die Frauen aller Parteien, sich diese Stickerei einmal anzusehen. Das Werk, das dort hergestellt wird, ist geradezu künstlerisch. An der linken Seite befindet sich eine Nadel. Das feine Garn, mit dem die Stickereien hergestellt werden, stellt starke Anforderungen an das Augenlicht; die Augen der Stickerrinnen sind nach ganz kurzer Zeit sehr angegriffen, so daß sie scharfe Brillen tragen müssen. Es ist eine hochwertige künstlerische Arbeit, die hier geleistet wird. Als Vertreter der im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Textilarbeiter sind wir mit den Stickerrinnen in Fühlung getreten und haben festgestellt, daß der Stundenverdienst dieser Arbeiterinnen bis heute 50 Mk. beträgt. (Hört! Hört! bei der VSP.) In der Textilindustrie werden heute selbst bei den niedrigen Löhnen Schlessiens doch wenigstens 600 Mk. pro Stunde gezahlt. Aber für solche kunstvolle Arbeit 50 Mk., das bedeutet, daß die Leute 2 Stunden arbeiten müssen, um den Wert einer Schachtel Streichhölzer zu verdienen.

Solche Dinge werden nun nach dem Etat auch noch von Staats wegen unterstützt. Es werden hier einige Millionen Mark angefordert, um die Unternehmungen aufrechtzuerhalten. Hier kann man aber wirklich sagen, daß Vernunft Unsinn und Wohlthat Plage wird. Die Stickereiuunternehmungen sind gegründet worden, um der Wohltätigkeit zu dienen; aber nachdem nun festgestellt worden ist, daß die Stickerrinnen unter so traurigen Erwerbsverhältnissen arbeiten müssen, kann man nicht sagen, daß das Wort Wohltätigkeit hier noch am Platze ist.

Ich möchte noch feststellen, daß hinter diesen Stickereiuunternehmungen hohe Persönlichkeiten stehen. Bei den Stickereien der Fürstin von Pleß in Hirschberg in Schlessien beträgt der Stundenlohn jetzt 60 Mk., dagegen haben die Stundenlöhne bei den übrigen Stickereien heute noch 50 Mk. und sogar 40 Mk. betragen. Es ist eine ungeheure Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, was hier getrieben wird. Da sollte sich doch die Staatsregierung etwas dahintersehen und versuchen, auf die Geschäftsgebarung dieser Betriebe etwas Einfluß zu gewinnen. Es wäre mir überhaupt lieb, von der Staatsregierung, die doch Mittel hierzu bereitstellt, etwas über die Geschäftsgebarung dieser Stickereischulen zu erfahren. Die Ware, die hier hergestellt wird, ist so hochwertig, daß einzelne Stücke 100 000 Mk. und mehr wert sind, und auf der anderen Seite wird die Entlohnung, so traurig sie ist, noch dazu benützt, daß die Leute bei den 40, 50 und 60 Mk. Stundenverdienst sogar das Garn zum Sticken noch selbst kaufen müssen (Hört! Hört! bei den VSP.), das geht auch noch von dem Verdienst ab. Es kommt hinzu, daß das Garn in der letzten Zeit sehr stark im Preise gestiegen ist. Ich möchte deshalb die Regierung fragen, ob sie einmal unterfucht hat, wo die Gewinne dieser Arbeit hinfließen. Bei tiefer hochwertiger Arbeit werden riesenhafte Gewinne erzielt. Ich bin überzeugt, daß die Stickereien als solche diese Gewinne nicht einstecken. Aber der Sache muß auf den Grund gegangen, und diese Ausbeutung muß befeitigt werden. So kann das nicht weiter gehen. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich der Frauen angenommen; aber ein so altes, eingetragenes Uebel läßt sich nicht so kurzerhand befeitigen. Wenn den Unglücklichen, die unter solchen Verhältnissen arbeiten, geholfen werden soll, dann müssen andere Mittel angewandt werden. Vor allem muß auch der Staat, der die Stickereien eingeführt hat, mit dahin wirken, daß diese Dinge geändert werden.

Der Herr Regierungsvertreter hat im Ausschuß weiter gesagt, daß die Löhne sich genau nach dem Tarif richten. Der Herr Regierungsvertreter ist falsch unterrichtet. Denn ein Tarif, wie er sonst in der Industrie üblich ist, besteht dort nicht. Es kann also eigentlich jeder bezahlen wie er will.

Die Riesengewinne, die hier erzielt werden, müssen namentlich den Handwerkern beschritten werden, die mit diesen Erzeugnissen handeln. Es muß versucht werden, auch den Stickerrinnen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Eine solche Glendindustrie noch aufrechtzuerhalten und Staatsmittel dazu zu verwenden, ist unverständlich — statt dessen sollten wir doch versuchen, die Dinge von Grund auf zu ändern. Ich schlage deshalb vor, daß die Regierung, soweit sie Mittel hierfür zur Verfügung stellt, sich mit der Gewerkschaftsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes und mit den Inhabern der Spitzenschulen in Verbindung setzen möge, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, die es ermöglichen, diesen armen Teufeln zu helfen. Es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht, wenn die Leute nicht elend zugrunde gehen sollen. Ich hoffe, daß durch meine kurzen Ausführungen der Regierung der Weg gezeigt worden ist, auf dem man den Leuten helfen kann. So kann es nicht weiter gehen, wenn die Leute bei ihrer kunstvollen Arbeit nicht elend zugrunde gehen sollen. (Bravo! bei der VSP.)

Aus der Krankenversicherung.

Die Arbeiterinnenkommission in M. G. l. a. d. b. a. c. h. ersucht uns um Veröffentlichung des Folgenden: Zweifellosg gehört der M. G. l. a. d. b. a. c. h. der Industriebezirk mit zu denjenigen Bezirken, die infolge ihrer Vielseitigkeit in der Herstellung von Waren mit an erster Stelle innerhalb unserer Reichsgrenzen stehen. Haben sich auf der einen Seite straffe Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Berufsorganisationen und wirtschaftliche Verbände

(Arbeits- und Handwerksvereine) usw. gebildet, so finden wir auf der anderen Seite innerhalb der Krankenträgerorganisation eine leider noch sehr große Zersplitterung. Beispielsweise kennen wir die Allgemeine Ortskrankenkasse M.-Glabach-Stadt, Ortskrankenkasse M.-Glabach-Land, Ortskrankenkasse Rhodt und außer den Kreis- und Landkrankenkassen eine weitere größere Zahl von Betriebskrankenkassen. Das Gros der Arbeiterchaft im Industriebezirk ist in der Textilindustrie beschäftigt, hier ist die weibliche Arbeiterzahl der männlichen Beschäftigungszahl überlegen. Klar geht daraus hervor, daß gerade aus den Kreisen der Arbeiterinnen ein viel schärferes Augenmerk als bisher darauf gewichtet sein muß, daß die Krankenträgerorganisationen leistungsfähiger gestaltet werden und daß im weiteren an der Hand der Statistiken die von den Krankenträgern ausgearbeitet werden, innerhalb der einzelnen Betriebsarbeitsstätten mehr als bisher zur Erhaltung der Gesundheit gesehen werden muß.

Von diesem Gedanken ausgehend, wurde in der letzten Sitzung der Arbeiterinnenkommission des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Bezirk M.-Glabach-Rhodt, der Jahresbericht (Krankenträgerbericht) der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Geschäftsjahr 1922 zur Erörterung gestellt. Dies dieserhalb, weil in dem Bericht viel wertvolles und recht reichhaltiges Material zu finden ist. Die Uebersicht über die Mitgliederbewegung läßt erkennen, daß im Jahresdurchschnitt 25 429 Mitglieder vorhanden waren. Am Jahreschluß waren Mitglieder vorhanden: a) männlich 11 367, b) weiblich 11 692, zusammen 23 059. Die Gruppe Textilindustrie ist in dieser Zahl in der Allgemeinen Ortskrankenkasse M.-Glabach-Stadt mit 5323 männlichen und 4336 weiblichen Mitgliedern, zusammen mit 9659 Mitgliedern in Prozenten ausgedrückt, ist die Gruppe Textilindustrie mit 41,89 Proz. und nach Geschlechtern gegliedert a) männlich mit 46,83 Proz. und b) weiblich mit 37,09 Proz. beteiligt.

Erkrankungsfälle waren insgesamt im Laufe der Berichtszeit 6040 männliche und 7432 weibliche erfolgt. Die Gruppe Textilindustrie ist hieran am stärksten beteiligt, und zwar: männliche mit 2526 Fällen, weibliche mit 3513 Fällen, insgesamt 6039. In Prozenten ausgedrückt, entfallen auf die Gruppe Textilindustrie Krankheitsfälle: a) männliche Arbeiter 41,82 Proz. und bei den weiblichen Arbeitern 46,95 Proz. Trotzdem die Gruppe Textilindustrie mit der weiblichen Rassenmitgliederschaft nur 37,09 Proz. beträgt, fällt auf, daß der Prozentsatz in der Erkrankung ein wesentlich größerer ist.

Weitere Anfrage bei vorgenannten Krankenträgern hat ergeben, daß auch in den übrigen Rassen die weibliche Mitgliederzahl in denselben Verhältnissen in der Krankheitsziffer sich bewegt.

Eine Untersuchung darüber, auf welche Erkrankungsfälle sich die einzelnen Krankheiten beziehen, zeigt folgendes Bild für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

a) Allgemeine Erschöpfungszustände, Blutarmut (Chlorose):			
Fälle, männlich	44	weiblich	471
Textilindustrie	15 34,09 Proz.		198 42,04 Proz.
b) Tuberkulose und Tuberkuloseverdacht:			
Fälle, männlich	554	weiblich	718
Textilindustrie	260 46,93 Proz.		310 43,18 Proz.
c) Syphilis:			
Fälle, männlich	5	weiblich	17
Textilindustrie	3 60 Proz.		5 29,41 Proz.
d) Tripper, weicher Schanker, Syph.:			
Fälle, männlich	5	weiblich	20
Textilindustrie	1 20 Proz.		8 40 Proz.
e) Grippe:			
Fälle, männlich	1539	weiblich	1993
Textilindustrie	691 44,90 Proz.		956 48,40 Proz.
f) Andere Infektionskrankheiten:			
Fälle, männlich	28	weiblich	44
Textilindustrie	9 32,14 Proz.		14 31,82 Proz.
g) Neubildungen (gutartige und bösartige Geschwülste):			
Fälle, männlich	26	weiblich	20
Textilindustrie	8 30,77 Proz.		8 40 Proz.
h) Krankheiten des Kreislaufsystems:			
Fälle, männlich	220	weiblich	307
Textilindustrie	84 38,18 Proz.		116 37,56 Proz.
i) Krankheiten der Atmungsorgane:			
Fälle, männlich	834	weiblich	806
Textilindustrie	344 41,24 Proz.		365 45,34 Proz.
k) Krankheiten des Herzens und der Arterien:			
Fälle, männlich	171	weiblich	165
Textilindustrie	79 46,20 Proz.		53 32,12 Proz.
l) Magen-, Darm- und Leberkrankheiten:			
Fälle, männlich	532	weiblich	716
Textilindustrie	225 42,29 Proz.		347 48,46 Proz.
m) Gebärmutterblutungen und Fehlgeburten:			
Fälle, männlich	178	weiblich	284
Textilindustrie	49 27,53 Proz.		178 62,68 Proz.
n) Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane außer a, d und m:			
Fälle, männlich	104	weiblich	560
Textilindustrie	49 47,12 Proz.		303 54,11 Proz.
o) Hautkrankheiten:			
Fälle, männlich	321	weiblich	265
Textilindustrie	139 43,40 Proz.		98 36,97 Proz.
p) Muekel- und Gelenkerkrankheiten:			
Fälle, männlich	857	weiblich	816
Textilindustrie	141 16,45 Proz.		176 21,57 Proz.
q) Andere Krankheiten der Bewegungsorgane:			
Fälle, männlich	92	weiblich	93
Textilindustrie	39 42,31 Proz.		40 43,01 Proz.
r) Krankheiten der Ohren, ohne Verletzungen:			
Fälle, männlich	27	weiblich	43
Textilindustrie	7 25,93 Proz.		19 44,19 Proz.
s) Krankheiten der Augen, ohne Verletzungen:			
Fälle, männlich	61	weiblich	63
Textilindustrie	27 44,26 Proz.		28 44,44 Proz.
t) Verletzungen, anderweitige äußere Einwirkungen und deren Folgen einschließlich Wundinfektion:			
Fälle, männlich	961	weiblich	423
Textilindustrie	346 36,00 Proz.		189 44,68 Proz.
u) Andere Krankheiten und unbestimmte Diagnosen:			
Fälle, männlich	159	weiblich	230
Textilindustrie	59 37,11 Proz.		107 46,52 Proz.
v) Todesfälle:			
Fälle, männlich	100	weiblich	49
Textilindustrie	43 43,00 Proz.		17 34,69 Proz.

In der Allgemeinen Ortskrankenkasse München-Glabach-Stadt ist ferner die Familienhilfe eingeführt, und es ist auch hier interessant, zu erfahren, inwieweit für Familienangehörige Krankheiten in Erscheinung getreten sind. Es wurden Krankenscheine ausgestellt an männliche Familienangehörige für Ehegatten 27; Kinder unter 14 Jahren 2788; für ältere Kinder 1; für Eltern, Säug-, Pflege- und Schwiegereltern 76, zusammen 2892.

Es wurden Krankenscheine an weibliche Familienangehörige ausgestellt für: Ehegatten 3533; Kinder unter 14 Jahren 2771; für ältere Kinder 15; für Eltern, Säug-, Pflege- und Schwiegereltern 255, zusammen 6574.

Eine weitere Aufstellung über die Sterbefälle für die Kinder unter 14 Jahren zeigt uns folgendes: Es starben an Lebensschwäche 44 Kinder, Tuberkulose und Tuberkuloseverdacht 18 Kinder, Krämpfen 17, Totgeburten 20, Krankheiten der Atmungsorgane 23, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 4, Syphilis 1, Magen- und Darmleiden 5, Infektionskrankheiten 3, Herzleiden 1, Grippe 2, Augenleiden 1, Verletzung durch äußere Einwirkungen 3, bösartigen Geschwülsten 2 Kinder.

Eine Nachweisung über Empfänger von Wochenhilfe für das Jahr 1922 zeigt, daß insgesamt 1100 Unterstufungsfälle vorlagen. Sehen wir uns aber einmal die Aufzeichnungen über Fehlgeburten bei den verheirateten Rassenmitgliedern an, so ist bei den vorgenannten die erscheidende Zahl 123 und bei den unverheirateten Rassenmitgliedern die Zahl 22 zu nennen.

Wenn nun auch vorstehende Erkrankungszahlen kein vollständiges Bild über den Gesundheitszustand der gesamten in hiesigen Industriebezirk beschäftigten Textilarbeiter geben können, so geht aber doch klar und deutlich daraus hervor, daß die Tätigkeit innerhalb der Textilindustrie eine besonders gesundheitsgefährliche ist. Erklärend wirken die Prozentfänge bei Tuberkulosen und Tuberkuloseverdacht im Verhältnis zur Mitgliederzahl überhaupt. Nennlich liegen die Fälle bei Magen-, Darm- und Leberkrankheiten. Die Textilarbeiterinnen weisen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse einen Prozentfänger von 37,9 auf, wohingegen andererseits die Gebärmutterblutungen und Fehlgeburten der Textilarbeiterinnen mit einem Prozentfänger von 62,68 Proz. in Erscheinung treten. Alle anderen Krankheiten weisen ähnliche Ziffern auf, und, ob gewollt oder nicht gewollt, die Textilarbeiterchaft wird im allgemeinen darauf sehen müssen, daß innerhalb der Textilbetriebe auch die Arbeiterin den Erfordernissen ihres Geschlechts entsprechend behandelt wird und auch die Betriebe sozial und hygienisch so gestaltet werden, daß Krankheitsziffer und Krankheitserscheinungen in der Folgezeit einen kleineren Prozentfänger darstellen. Ueber dem beteiligten Mitgliederprozentfänger stehen auch die Erkrankungen des Auges mit stark 44 Proz. im männlichen wie im weiblichen Geschlecht. Nach der gegebenen Aufstellung ist es also unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Textilindustrie bei weitem nicht so gesundheitsgefährlich sei, wie dies von anderen Berufen mit Fug und Recht behauptet werden kann. Aufgabe der Betriebsräte, Aufgabe der Arbeiterinnen, Aufgabe des Reiches und des Staates in Verbindung mit den Gewerbeaufsichtsdorganen muß es sein, die Textilbetriebe hygienisch so zu gestalten, daß sie die Gewähr bieten für die Erhaltung gesunder und kräftiger Arbeiter und Arbeiterinnen, so daß die letzteren sich für einen gesunden Nachwuchs verbürgen können.

Wertbeständige Dividenden.

Die deutschen Kapitalisten wissen sich vor der Geldentwertung zu schützen. Nachdem sie alles Erreichbare in Sachwerte und wertbeständige Anleihen umgewandelt haben, kommen jetzt die laufenden Vergünstigungen und „Nebenverdienste“ an die Reihe. Auch diese sollen „wertbeständig“ imprägniert werden. Kapitalistischer Spürsinn fördert auf diesem Gebiete die brillantesten und amüsansten Gebilde zutage, so daß die Versuche, die tatsächliche Höhe der Dividenden zu verschleiern, immer interessanter Formen annehmen. So konnten wir kürzlich lesen, daß die Geresheimer Glasbrennwerke Dividende in Form von Flaschen „ausgeschüttet“. Das Werk setzte die Dividende von 30 auf 14 Proz. herunter und tröstete die Aktionäre damit, daß sie ihnen den erlangten Wert in Form von Mineralwasserflaschen zuwenden wird. Die Aktionäre werden sicher auch mit diesem Geschäft zufrieden sein.

Eine eigenartige Entlohnung der Aufsichtsratsmitglieder hat die Generalversammlung der Schraplauer Kautschuk- u. Kautschuk-Ges. in Gestalt einer „Kaltwährung“ beschlossen. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten in Zukunft außer der Erstattung ihrer Auslagen für jede Sitzung vier Zentner Kautschuk oder dessen Wert zu jeweiligen Tagespreisen.

Die Textilwerke und Kunstweberei vorm. C. Lavoz Akt.-Ges. in Udorf i. Vogtl. hat die festen Bezüge des Aufsichtsrates dahin geregelt, daß diese künftig einen Betrag in Höhe von 2 Kilo Wolllappin erhalten. — Es sind dies nur einige Beispiele wertbeständiger Art; sie lassen sich beliebig vermehren.

Bis heute dürften aber in unserer Textilindustrie die Elsassisch-Badischen Wollfabriken Akt.-Ges. in Forst l. B. einzig dastehen, die als Dividenden-Zahlungsmittel Dollarschaganweisungen verwenden. Da die Dollarschaganweisungen vorerst nur gegen Devisen käuflich sind, ist dies in unserer Industrie der erste Fall, wo eine Akt.-Ges. ihre Dividenden nicht etwa nach Golddividende berechnet, sondern in einer wertbeständigen mit Devisen erkaufte Anlage ausschüttet. — Die El.-Bad. Wollfabriken Akt.-Ges. schlagen als Dividende 1,5 Goldmark in Dollarschaganweisungen vor, was etwa einer Dividende von 500 Proz. oder 5000 Papiermark pro Aktie entspricht. Die Gesellschaft müßte also auf je 20 Aktien eine Schaganweisung zu 5 Dollar ausschütten. Die Banken werden demnach 4250 Dollar Schaganweisungen von ihr bekommen. — Nebenbei bemerkt, marschieren die El.-Bad. Wollfabriken Akt.-Ges. mit einer Dividende von 500 Proz. bezüglich der Höhe an der Spitze (Baumwoll-Feinspinn. Augsburg: 525 Proz. Dividende).

Halten wir also in unserer heutigen Wirtschaft Umschau, so können wir überall Bestrebungen ganz besonders derjenigen Kreise entdecken, die schon dank des kapitalistischen Systems mit „weltlichen Gütern“ reichlich gesegnet sind, ihre Einkünfte auf Goldbasis fußend zu erhalten. — Den arbeitenden Massen entfällt diese „Sorge“. Sie führen vorläufig einen heftigen Kampf zur Erhaltung ihrer derzeitigen Löhne überhaupt. Und man verübelt es jetzt den Arbeitern, wenn sie versuchen, ihre Löhne, die nur noch einen Bruchteil der früheren Goldmarklöhne darstellen und an denen folglich an der „Wertbeständigkeit“ noch sehr viel fehlt, auf augenblicklicher Höhe zu halten.

Die Gewerkschaftsbewegung der Welt im Jahre 1921.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht Angaben, die nicht nur die Lage und Entwicklung der ihm angeschlossenen, sondern die aller Gewerkschaften überhaupt in Ziffern darstellen. Allerdings fehlen dabei Mitteilungen über die finanzielle Lage der Organisation; bei der heutigen bunten und schwankenden Geldwertlage hätte es auch wenig Sinn gehabt. Es werden also nur Mitgliederzahlen mitgeteilt.

1. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug Ende 1921 in den 34 wichtigsten Staaten der Welt 46,3 Millionen Menschen (im Jahre 1922: 14 1/2 Millionen). An erster Stelle stand Deutschland (12,6 Millionen), ihm folgte Rußland (6,9 Millionen), England (6,6 Millionen), die Vereinigten Staaten von Amerika (5,2 Millionen); Italien und die Tschechoslowakei hatten je 2 Millionen, Spanien 1,3, Frankreich und Desterreich je 1 Million organisierter Arbeiter. Weiter folgten Belgien (920 000), Polen (820 000), Mexiko (710 000), Australien (680 000), Holland (660 000), Indien (500 000), während in den übrigen Ländern die Zahl der organisierten Arbeiter weniger als 1/2 Million betrug. Diese Zahlen umfassen aber die verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen; einen richtigen Begriff von dem Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes in der Welt und den einzelnen Ländern bekommen wir erst, wenn wir die

2. Verteilung der Gewerkschaftsrichtungen unteruchen. Fast die Hälfte der organisierten Arbeiterchaft der Welt (22,4 Millionen) ist dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen und stimmt also seinem allgemeinen Richtlinien zu. Die andere Hälfte verteilt sich auf folgende Weise: 7,1 Millionen weist die „kommunistische Internationale“ auf; (davon 6,9 in Rußland). 6,6 Millionen sind in „Neutralen Organisationen“ vereinigt; das sind die meisten Gewerkschaften der Vereinigten Staaten (3,9 Millionen); bekanntlich sind sie im Jahre 1920 aus der Internationalen ausgeschlossen), die Hirsch-Dunderschen und die unabhängigen Vereine Deutschlands (1,8 Millionen) und ähnliche (nationale) Organisationen in der Tschechoslowakei, in Polen, Frankreich, der Schweiz und Holland. Weitere 3,8 Millionen entfallen auf die konfessionellen Vereine; die Hälfte davon (1,8) befand sich in Deutschland; auch in Spanien und Italien (je 400 000), in Holland, Belgien und Ungarn (je 200 000), in Polen und Frankreich (je 150 000) spielen sie eine gewisse Rolle. — Weitere 1,3 Millionen umfassen die syndikalistischen Verbände; die Hälfte davon (665 000) befand sich in Spanien; ihm folgten die Syndikalisten Deutschlands (250 000) und Italiens (100 000). — Endlich bleibt noch ein Rest von 5 Millionen Menschen, die unter der zweifelhafte Rubrik: „Verschiedene Organisationen“ untergebracht sind; es sind meistens die Organisationen der außereuropäischen Länder (Vereinigte Staaten, Australien, Indien, Mexiko), soweit sie in ihrer Eigenart keiner der obengenannten Richtungen entsprechen; zweitens sind hier auch die italienischen Faschisten (damals 200 000 an Zahl), die tschechoslowakischen Nationalisten und ähnliche Gruppen untergebracht.

3. Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes seit Kriegsausbruch. Seit dem letzten Friedensjahr hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht (1913: 7,7 Millionen, 1921: 22 Millionen), jedoch war der Mitgliederzuwachs kein händiger. Die Kriegsjahre haben einen Mitgliederrückgang in den kriegführenden, einen gewissen Zuwachs in den neutralen Ländern herbeigeführt; Ende 1918 zählte der Internationale Gewerkschaftsbund 10,3 Millionen. Das Jahr 1919 — das der allgemeinen Arbeiteroffensive — erhöhte diese Zahl auf 23,2 Millionen. 1920 haben aber der Austritt Amerikas, der weiße Schrecken in Ungarn, das Abflauen in Frankreich und Italien, die allgemeine Weltkrise einen Rückgang der Mitgliederzahl verursacht, der 1921 sich fortgesetzt hat. Die Ergebnisse von 1922 werden wohl einen weiteren Rückgang aufweisen, während die einsetzende Konjunktur für das Jahr 1923 vielleicht eine gewisse Besserung versprechen könnte, wenn es den Gewerkschaften gelingt, den Einfluß der Weltreaktion in den Reihen der neuen, ungeschulten Arbeiterchaft, die der Krieg geschaffen hat, restlos niederzuringen.

Der Mitgliederstand in unseren Gewerkschaften.

Die Stabilität im Mitgliederbestande der Gewerkschaften hält an. Nach den Berichten über den Mitgliederstand am 31. Dezember 1922 ist sogar eine geringe Zunahme in der Zahl der weiblichen Mitglieder eingetreten. Die vierteljährlichen Ziffern sind aber bekanntlich nur als vorläufige anzusehen.

Insgesamt gehören 1 760 676 weibliche Mitglieder dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbänden an. Ihre Verteilung auf die einzelnen Verbände zeigt folgende Tabelle:

Verband der	Zahl der weiblichen Mitglieder am 31. Dezemb. 1922
Bäcker und Konditoren	43 121
Bekleidungsarbeiter	83 910
Bergarbeiter	1 992
Böttcher	837
Buchbinder	74 203
Chorsänger	2 397
Eisenbahner	3 698
Fabrikarbeiter	212 323
Fleischer	2 034
Freiwillige	1 110
Gärtner	3 719
Gemeinde- und Staatsarbeiter	52 843
Glasarbeiter	22 861
Gläser	29
Graphischen Hilfsarbeiter	33 895
Hausangestellten	12 983
Holzarbeiter	51 775
Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten	16 400
Hutmacher	21 105
Kürschner	8 640
Landarbeiter	149 311
Lebensmittel- und Getränkearbeiter	6 326
Leberarbeiter	10 633
Lithographen	260
Maler	425
Maschinenisten	175
Metallarbeiter	198 512
Musiker	980
Porzellanarbeiter	34 059
Sattler, Tapezierer und Portefeuerler	10 931
Schuhmacher	50 683
Schweizer	52
Steinarbeiter	924
Tabakarbeiter	99 201
Textilarbeiter	489 365
Töpfer	721
Transportarbeiter	58 240
Zimmerer	8
Gesamt	1 760 676

Nicht alle Verbände sind imstande, vierteljährlich genaue Angaben zu machen. Sieben Verbände geben deshalb für das 4. Quartal 1922 die gleichen Ziffern an wie vorher. Der Verband der Film- und Kinoangestellten hat seit Mitte 1921 über seinen Mitgliederstand nicht mehr berichtet.

Unser (Deutscher) Textilarbeiterverband hat mehr als zwei Drittel weibliche Mitglieder, was sich aus der vorzugsweisen Beschäftigung von Mädchen und Frauen in unserer Industrie ergibt. Ihrer Zahl gemäß müßten aber die weiblichen Mitglieder in unserem Verbande eine viel aktivere Rolle spielen. Ihre viel zu beobachtende Passivität müßte durchweg in Aktivität umschlagen, wenn sie im Gewerkschaftsleben zu der Bedeutung kommen wollen, auf die sie auf Grund ihrer Zahl berechtigten Anspruch haben. Dadurch würden sie auch im Erwerbsleben, dem Unternehmer gegenüber, mehr zur Geltung kommen. — Auch in den politischen Organisationen weisen die Frauen jetzt stattliche Mitgliederzahlen auf, aber auch dort gehen sie nicht in wünschenswerter Maße aus sich heraus. Sie sollten endlich die Tatsache beherzigen: Wer in der Welt zur Geltung kommen will, darf den Mund nicht geschlossen halten und bescheiden zurückhaltend sein, er muß sich emsig rühren.

Unternehmerorganisationen.

Nr. 125. (303.) In einer der letzten Nummern des Organs des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes finden sich in einem Artikel von Campers folgende auch für die Arbeiterchaft anderer Länder interessante Bemerkungen:

„Es wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Thema, wenn ich es unterlasse, auf gewisse andere, die drei Schlüsselindustrien, d. h. die Stahl- und Kohlenindustrien sowie die Eisenbahnen betreffende Tatsachen hinzuweisen. In diesen drei großen Industrien spielt die Hochfinanz, wie wir sie in Amerika verstehen und die in der Wallstreet ihren Sitz hat, vielleicht eine größere Rolle als auf irgendeinem anderen Gebiete. Die Stellung der leitenden Instanzen dieser drei Industrien und Trübs durch die Tatsache verstärkt, daß die Kompetenzen der verschiedenen Gruppen ineinanderreifen. Beim Stahltrust handelt es sich z. B. nicht nur um den Stahltrust. Er ist der Stahltrust vermehrt um den Einfluß, den er auf Grund der gegenseitigen Beziehungen und der Beziehungen seiner Direktoren mit der Hochfinanz im allgemeinen und anderen Industrien ausübt.“

Bei den Eisenbahnen liegt die Sache ebenso. Es sind die Eisenbahnen plus die Beziehungen ihrer Direktoren mit anderen Industrien, mit der Hochfinanz und mit anderen Eisenbahnunternehmen. Die zahlreichen Magnaten der Kohlenindustrie unterhalten ebenfalls mannigfache Beziehungen. So kann man auch von der Stahlindustrie, von Banken und Eisenbahnen sprechen, wenn man von der Kohlenindustrie spricht. Die Stahlindustrie kann man also mehr oder weniger auch mit der Kohlenindustrie, den Eisenbahnen, Banken und verschiedenen anderen Industrien identifizieren.

Diejenigen, die die großen Eisenbahnen in Händen haben, die die Anthrazitkohle transportieren, beherrschen auch die Anthrazitgruben. Es ist klar, daß diese mächtigen Unternehmer versuchen, die in den verschiedenen Industrien befolgte Politik einem allgemeinen Plan anzupassen. So kann es z. B. geschehen, daß im Bergbau eine Lohnreduktion herbeigeführt — und dann diese Reduktion als Argument benötigt wird, um das gleiche Resultat bei den Eisenbahnen oder in der Stahlindustrie zu erzielen.

Im Jahre 1913, als vom Kongress Erhebungen über die Frage der Finanztrusts unternommen wurden, stellte es sich heraus, daß vier große New Yorker Finanzinstitute 89 Verwaltungsratsplätze in Banken und Trusts, 29 in Versicherungsgesellschaften innehatten, 78 in Transportunternehmen, 49 in Handelsfirmen und 16 in öffentlichen Betrieben. Die vier Bankunternehmen, die über diese 241 Verwaltungsratsplätze verfügten, waren J. P. Morgan u. Co., die „Guarantee Trust Company“, die „Bankers Trust Co.“ und die „First National Bank of New York“. Gleichzeitig besaß die „Chase National Bank von New York“ 22 Verwaltungsratsplätze in 10 anderen großen Banken und Trusts. Mitglieder der Nationalbank of Commerce in New York besaßen 57 führende Stellen in 22 anderen großen Bankunternehmen und Trusts, die über Kapitalien im Betrage von mehr als 2 Milliarden Dollar verfügten.

Die große Bedeutung, die eine genaue Kenntnis des Umfangs und der Tätigkeit der Unternehmerorganisationen für den Gewerkschaftskampf hat, veranlaßt den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, dem nationalen und internationalen Zusammenarbeiten der Unternehmer in Zukunft ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei soll nicht allein den organisatorischen Zusammenhängen, sondern auch den wirtschaftlichen Beziehungen, wie sie in dem Artikel von Compers dargestellt werden, nachgegangen werden. Ein solches zuverlässiges Material würde dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam, Bondelstraat 61) sehr willkommen sein.

Die französische Soldateska tobt sich aus.

Gelegentlich einer Besetzung der Krupp-Werke in Essen haben die Franzosen auf wehrlose Arbeiter und Angestellte Maschinen-gewehre in Tätigkeit gesetzt. 13 Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten war das Ergebnis dieses mörderischen Ueberfalls. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Deutschlands haben an die Arbeiter der Welt anlässlich dieses feigen Mordes folgenden Aufruf erlassen:

Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden hat neue blutige Opfer gefordert. Gestützt auf das unveräußerliche Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, aus freiem Entschluß und unbeflügelt von Berkleidung oder Regierung, demonstrieren unbewaffnete Arbeiter auf den Krupp-Werken in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren 13 Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Alle Greuel des Krieges leben wieder auf, nur zügellos noch, häßlicher, des letzten Scheins von Recht entkleidet.

Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparationen und produktive Pfänder! Wieder und wieder haben das deutsche Volk und seine berechtigten Vertreter, haben insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat bekundet. Deutsche Vorschläge haben in London und Paris vorgelegen und hätten bei allseitigem guten Willen eine Verhandlungsbasis werden können.

Was geschieht statt dessen? Brutale Waffengewalt besetzt die deutschen Arbeitsstätten und trat an Stelle der deutschen Verwaltung. Hunderte von Beamten, die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden verhaftet, mißhandelt, ausgewiesen. Berührungsmittel, Kohle, Geld, der Lohn der Arbeiter, die Unterstützung der Erwerbslosen wurden wahllos „beschlagnahmt“. Täglich wurden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten erwerbslos. Ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert, mit Frau und Kind aus ihren Wohnungen gejagt, andere ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Massaker von Essen stellt den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall der Hinrichtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar.

Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als eines vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen, aus freiem Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhrgebiet, im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt. Das französische Volk verübte vor mehr als 100 Jahren die Menschen- und Bürgerrechte! Die heutige Gewaltthat Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln! Die kostbare Errungenschaft Jahrhunderte langer sozialer Kämpfe und eine Vorbedingung jeder wahren Kultur ist in Gefahr!

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für den deutschen Arbeiter allein, sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert!
Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt die Freiheit der Arbeit, ehe es zu spät ist!

Zur Arbeiterinnenbewegung.

Die „Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen“ sind nun gedruckt, im Format des Verbandsstatuts, so daß sie in dieses eingeklebt werden können, damit die tätigen Kolleginnen sie immer zur Hand haben. Wir hoffen, daß die Kolleginnen, die Leiterinnen von Kommissionen sind, Bestellungen auf die Richtlinien ausgeben, und daß die Ortsverwaltungen, in deren Bereich Arbeiterinnenkommissionen oder -gruppen noch nicht gebildet wurden, die Bildung solcher in Angriff nehmen.

Arbeiterinnensekretariat.

Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie.

Von dieser hochbedeutenden Broschüre, die vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegeben worden ist, kann noch eine Anzahl von Stücken bezogen werden. Verschiedene Filialen — auch solche mit geringen Mittelverhältnissen — haben größere Bestellungen gemacht und es auf sich genommen, die Schrift vor allen Dingen: unter ihren Betriebsräten und anderen Funktionären zu verbreiten. Dieses Vorbild verdient Nachahmung. Die Ergebnisse, zu denen diese Broschüre gelangt, das Material, durch welches diese Ergebnisse begründet werden, müssen für jeden Textilarbeiter und jede Textilarbeiterin Gemeingut werden; hier werden die Tatsachen vor Augen geführt, die jedem Angriff auf den Achtstundentag entgegengehalten werden müssen.

Die Filialen, die dieser Sache noch nicht das entsprechende Interesse zugewandt haben, werden erlucht, in Erwägung zu ziehen, ob sie nicht, gegebenenfalls auch auf Filialkosten, für ihre Funktionäre größere Bestellungen vornehmen wollen. Der Preis von 1000 Mk. für das Stück ist angesichts der heutigen Verhältnisse kaum genügend, um die Selbstkosten zu decken.

Soziale Rundschau.

Frauenschuh, Mutterschuh, Jugendschuh.

Ueber dieses Thema hielt Kollege Gerach in Aachen daselbst vor einer Versammlung weiblicher Mitglieder unseres Verbandes einen einstündigen Vortrag, aus dem hier folgendes wiedergegeben sei:

In Aachen waren im Jahre 1922 von rund 7942 Beschäftigten 4562 weibliche Arbeitnehmer. Von diesen 4562 waren 1895 verheiratete Frauen oder Witwen. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß der Deutsche Textilarbeiterverband es als seine vornehmste Aufgabe betrachten müsse, gerade dem Frauenproblem weitgehende Beachtung zu schenken und mit allen Mitteln zur sozialen Besserstellung der Frau hinzuarbeiten. Es müsse dafür gewirkt werden, vor allem in der heutigen Zeit, daß als wesentlichster Bestandteil des Mutterschuhes den hoffenden Frauen Milch in genügender Menge und auf möglichst billige Weise zugeführt würde. Weiter müsse der Mutter vor ihrer Niederkunft ein größerer staatlicher Schutz zuteil werden. Die heutige Bestimmung zum Mutterschuh, die in der Aachener Textilindustrie ebenfalls in der Arbeitsordnung enthalten ist, habe folgende Fassung:

„Wöchnerinnen müssen bei der Annahme einer Arbeitsstelle eine Schonungszeit von 8 Wochen überstanden haben und nachweisen, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verfloßen sind.“

Hier müsse der stärkste gewerkschaftliche Druck angelegt werden, damit den Frauen vor ihrer Niederkunft wenigstens eine ebenfalls sechswochenliche Schonungszeit gesetzlich garantiert würde. Eine große Gefahr für Mutter und Kind sei es, wenn Hoffende bis ganz kurz vor ihrer Niederkunft, und manchmal an gefährlichen Textilmaschinen, beschäftigt seien. Den stillenden Müttern, die leider gezwungen wären, ihre Kinder zu verlassen und dem Erwerb nachzugehen, müsse unter Fortbezahlung des Lohnes durch die Fabrikanten wenigstens zweimal täglich auf eine halbe Stunde Gelegenheit gegeben werden, ihr Kind zu stillen. — Zur Nacharbeit der Frau hob Kollege Gerach hervor, daß auch hier die gesetzlichen Bestimmungen noch nicht ganz das enthielten, was unbedingt notwendig sei. Dasselbe treffe in noch viel stärkerem Maße auf den Jugendschuh zu. Einen groben Unfug nannte er es, wenn heute noch in sehr vielen Geschäften zu lesen sei:

„Laufrädchen oder Laufmädchen unter 14 Jahren nach der Schule geschult.“

Hier gelte es unter allen Umständen einzuschreiten, damit die Kinder nicht schon in den jüngsten Jahren Opfer der allerschlimmsten Ausbeutung würden. Noch schlimmer sei es, wenn eine Waisenkinder in der Bendelstraße öffentlich sich anbiete, billiger zu arbeiten als die anderen Waisenkinder, und dann festgesetzt werden müsse, daß dieser Betrieb Kinder unter 14 Jahren beschäftige. — Besonders eingehend wurde durch den Kollegen Gerach die Arbeitszeittfrage behandelt. Hierbei wies er an Hand statistischer Zahlen nach, daß durch eine Verringerung der Arbeitszeit auf 46 Stunden im rechts-

Ihre Wolle wird verarbeitet zu Strickjacken, Kleidern, Jumpern, Strümpfen, Stutzen billiger bei Coldewy & Fleischer, Leipzig-Sellerhausen, Wurzenr Straße 60. Tel. 61494.

rheinischen und 48 Stunden im linksrheinischen Textilbezirk keine Profitmälerei des Unternehmers vor sich gegangen sei. In sehr vielen Fällen kann sogar nachgewiesen werden, daß eine große Anzahl von Betrieben heute Neuanfassungen machen, die sie in der Vorkriegszeit nicht in der Lage waren vorzunehmen. Daß aber die Forderung auf Einführung der 46stündigen Arbeitswoche für die Textilindustrie überholt sei, gehe schon allein aus der Tatsache hervor, daß heute insofern langjähriger Erwerbungen die Arbeiterchaft im allgemeinen derart unterernährt sei, daß eine noch längere Beibehaltung einer so langen Arbeitszeit unter Beibehaltung der heutigen Ernährungsweise zu den schwersten körperlichen und damit auch zu gleicher Zeit bevölkerungspolitischen Schädigungen führen müsse. Die im letzten Jahre gerade in Textilarbeiterkreisen vielfach aufgestellte Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit unter 46 Stunden sei deshalb unter Beachtung des Vorhergesagten voll und ganz berechtigt. Zur Erreichung aller dieser Ziele sei es notwendig, daß die Frauen sich auch darüber klar würden, daß auch die politischen Wahlen für sie als Frau von größter Bedeutung seien, da ja das Parlament die sogenannten Gesetzeshemden sei und von der Zusammenfassung des Parlaments letzten Endes die Durchführung der ausgesetzten Forderungen abhängt. Daß die Aachener Industriellen bis heute ihren Arbeitern und vor allen ihren Arbeiterinnen selbst noch die unzureichenden Vorteile der 46stündigen Arbeitswoche vorenthalten, beweise am besten deren Rückständigkeit auf sozialem Gebiete. Diese Tatsache beweise aber auch weiter, daß die Frauen sich noch fester im Deutschen Textilarbeiterverband zusammenschließen müßten, da nur durch ihn ihre Interessen nach Notwendigkeit gewahrt werden können.

Die Ausführungen des Kollegen Gerach wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Aussprache über seine Darlegungen war eine recht reger.

Sie haben es auch reichlich verdient. Uebrigens wäre es wünschenswert, daß man sich im allgemeinen mehr mit den Frauen und besonders den sich aus der Schwangerschaft ergebenden Befakte und so mehr für einen wirksameren Schwangerschutz sorgte, vornehmlich in der Richtung, daß durch öftere ärztliche Untersuchungen eine Schwangerschaft der Geheimhaltung entzogen werden kann und jeder Schwangeren der Schutz rechtzeitig zuteil wird, der nun einmal nicht nur für die Schwangeren selbst, sondern auch für ihren Nachwuchs unentbehrlich ist, wenn die späteren Geschlechter in natürlicher Vollkraft heranwachsen und die ihrer harrenden wirtschaftlichen Aufgaben völlig erfüllen sollen. Die Gesundheit des gegenwärtigen und des künftigen Geschlechts muß unter allen Umständen über die wirtschaftlichen Augenblicksinteressen der Schwangeren gestellt werden. Wer sich, wie es vielfach noch geschieht, dem Schwangerschutz zu entziehen sucht, dem muß er aufgezwungen werden.

Die Reallöhne der ungarischen Arbeiterchaft,

Das wissenschaftliche Organ der ungarischen Sozialdemokratie „Sozialismus“ veröffentlicht eine Untersuchung über die Lebenshaltung des ungarischen Proletariats, dem wir folgende interessante Angaben entnehmen.

Verglichen mit den Reallöhnen des Proletariats der großen Industrieländer betragen die ungarischen Reallöhne $\frac{1}{10}$ der amerikanischen, $\frac{1}{4}$ der englischen, $\frac{1}{2}$ der französischen, $\frac{1}{3}$ der deutschen. Während sich die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie vom Juli 1914 bis Ende 1922 um 27,882 Proz. verteuerten, hoben sich die Durchschnittslöhne in derselben Periode nur um 16,385 Proz. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist um 55 Proz., die der Angestellten um 69,2 Proz. gesunken im Verhältnis zur Lebenshaltung von 1914.

Die Einengung der Lebenshaltung trifft die mittleren und unteren Angestelltenkategorien am schwersten, weil ihr Gehalt der Vorkriegszeit um 26,8 Proz. höher war, als das Existenzminimum. Allerdings konnte man im Jahre 1922 eine leichte Besserung in den Lebensverhältnissen feststellen. Die Durchschnittslöhne hoben sich um 4 bis 5 Proz. mehr als der Gesamtindex der Lebenshaltung. Das kann in erster Linie auf die allmähliche Wiederbelebung der ungarischen Gewerkschaftsbewegung zurückgeführt werden.

Wirtschaftliches.

Arbeitslöhne und Produktion.

Daß eine Steigerung der Löhne nicht eine Verminderung der volkswirtschaftlichen Produktion zur Folge zu haben braucht, zeigt eine neue Produktionsstatistik des Staates Victoria (Australien). Vom Jahrgang 1919/20 bis 1921/22 stiegen die Durchschnittslöhne (es handelt sich hauptsächlich um das Textil- und Bekleidungs-gewerbe) von 135% auf 172%, Pfund Sterling, also um 28 Proz. Der Ertrag ist aber mit nichten gesunken: der jährliche Rohertrag ist von 101,5 auf 106,2 Millionen Pfund Sterling, der Reinertrag von 16,5 auf 19,7 Millionen gestiegen. Die australische Textilindustrie ist im Wachsen begriffen: die Zahl der Betriebe ist in zwei Jahren von 6000 auf 6800, die Zahl der Arbeiter von 137 000 auf 145 000 gestiegen. Neue Kapitalien werden angelegt (der Wert der Anlagen ist von 31 auf 41 Millionen gestiegen, und erst vor kurzem sind die englischen Maschinenexporteure von der Nachricht überrascht worden, daß in Australien zum ersten Male eine Fabrik zur eigenen Herstellung von Web- und Spinnmaschinen errichtet wurde. Die Erhöhung der Löhne hat sich also nicht als Hemmung, sondern viel eher als Ansporn zur Verbesserung und Erweiterung der Produktion erwiesen.

Zehn Gebote des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den Textilarbeiter.

1. Ich bin dein zuständiger Verband, dein Schutz und dein Schirm.
2. Du sollst den Namen Gewerkschafter nicht vergeblich führen, sondern laiträftig für deinen Verband eintreten und werben.
3. Du sollst die Versammlungen deines Verbandes besuchen und sein Blatt, den „Textilarbeiter“ lesen, auch deine Mitgliedschaft betätigen durch ständiges Wirken für seine Erhaltung, besonders durch Beiträge in voller Höhe eines Stundenverdienstes.
4. Du sollst deinen Stand ehren, indem du Solidarität und Disziplin übst. Verne vom Arbeitgeber!
5. Du sollst deine Existenz nicht leichtfertig untergraben, indem du es an Erfüllung deiner Pflichten, die dir Berufs- und Verbandsinteressen vorschreiben, fehlen läßt.
6. Du sollst deiner Zahlstelle und damit deinem Verbands die Treue halten, auch dafür sorgen, daß die ihm noch Fernstehenden sich zu ihm hingezogen fühlen.
7. Du sollst nicht stehen, indem du die von dem Verband erzielten Tarifforderungen einsteckst, aber auch die ihm schuldigen Beiträge in der Tasche behältst.
8. Du sollst nicht falsches Zeugnis geben wider deinen Verband, der deine Interessen in jeder Beziehung wahrzunehmen sucht.
9. Du sollst nicht begehren, daß dein Nächster für dich arbeite, vielmehr selber mitarbeiten und -aten, wo immer dir dazu Gelegenheit geboten wird.
10. Du sollst nicht mit Mißgunst, auch nicht mit Verachtung auf deinen Nächsten sehen, sondern in ihm stets den Kollegen erblicken und bedenken: er kann dir helfen und du ihm, denn vereinte Kraft gar vieles schafft.

Paul Fischer, Rinzendorf bei Sorau N.-L.

Berichte aus Fachkreisen.

Finstertal. Am 1. April 1923 konnte unser Kollege Otto Trappe auf eine 25jährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit zurückblicken. Wirtschaftliche Kämpfe haben ihn immer enger an die Organisation geschmiebelt. Wir wünschen dem alten, treuen Kämpfer, daß es ihm noch recht viele Jahre beschieden sein möge, der jungen Generation als Vorbild zu dienen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 15. April, ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Caution Beschuß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Adressenänderungen.

Gau Berna. Finster-walde, V und K: Wilhelm Natusch, Schützenstr. 14.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.
Leisnig, Freitag, 20. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Schab, Neue Sorge.
Rohwein, Mittwoch, 18. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“, Kreuzplatz 8.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Bayreuth, Margarete Schauer.
Bremen, Josefa Sonntag, Hellingmengen.
Chemnitz, Minna Baumgärtel; Martha Höhne; Anna Sonntag; Anna Frieda Schreiter; Elsa Johanne Wolf.
Crimmitschau, Artur Benndorf; Marie Köhler; Otto Joll; Helene Bedert; Eduard Bilz; Albin Müller; Adolf Lachheim; Wilhelm Tenzler; Frieda Bauer; Klara Gimpel; Helene Hermann; Bernhard Schädel.
Görlitz, Vinzenz Funezneck; Karl Martin.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschuß für die nächste Nummer Freitag, 13. April

Verlag: Karl Hüsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Bornwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!